

des informémonos

Zweimonatliche zeitschrift von unten - Nummer 11 - Februar / März 2011 - www.desinformemonos.org



Der Feminizid in Mexiko
Keine Einzige mehr!

DIE NIEMANDE

In Memoriam
Nayem, ein junger
Sahraui

Jetzt leben wir
mit weniger Angst
als zuvor **Barry,**
ein Senegalese in
Zaragoza

AUTONOMIEN

Berlin Eine
Geschichte von
gewonnenen
Kämpfen und
verlorenen
Illusionen

REPORTAGEN

**Die Mapuche in
Argentinien**
Die Revanche der
Menschen der Erde

EZLN: 17 Jahre
Proklamation der
Hoffnung



„Hier kommt die WM!“
lassen die Schüsse in Rio verlauten



Demokratie
Luis Villoro



In den
Gefängnissen
von Chiapas.



Die kollektive
Organisierung der
Heimkehr in El Salvador

Der mexikanische Philosoph, emeritierter Professor der UNAM, bekräftigt, dass es eine andere Art von Demokratie gibt, als die, die angeblich in unseren Ländern existiert. Verschiedene Autorinnen und Autoren nennen diese «republikanische oder kommunitäre Demokratie».

Die liberale Demokratie ist Ausdruck des modernen Kapitalismus und hat jene Übel hervorgebracht, unter denen die Gegenwart leidet. Darin sind sich drei westliche Philosophen einig: Jürgen Habermas, David Held und Will Kimlicka. Die „kapitalistische Globalisierung“, sagen sie - hat die westliche Welt zu „einer ungerechten Ausbeutung der Arbeiter“, zu „einer Bedrohung für die Umwelt“ und zu „globalen Ungerechtigkeiten“ in einer „schlecht strukturierten Gesellschaft“ geführt. Darauf, so die Autoren, wird gemeinhin „mit der Flucht in Traditionen reagiert, die zu Intoleranz und religiösem Fundamentalismus führen“

Diese Meinung ist insofern korrekt, als dass sie sich auf die durch den westlichen Kapitalismus verursachten Übel bezieht.

Aber ist sie auch bezüglich ihrer Mittel zur Abhilfe korrekt? Nein. Ich glaube, dass diese absolut nicht ausreichen. Guter Wille allein würde nicht genügen, wie die drei Autoren vielleicht meinen, um diese neue Ordnung zu erreichen, welche auf den universellen Menschenrechten basiert, die so oft mit Füßen getreten wurden.

Ist es nicht naiv zu glauben, dass es angesichts der Übel des weltweiten Kapitalismus genügen würde, an die universellen Rechte des Menschen zu appellieren, wie die Autoren schreiben? Die Gültigkeit der Rechte appelliert an den Willen, aber ignoriert die wirklichen wirtschaftlichen und sozialen Ursachen, die eine Umsetzung jener Rechte in der Gesellschaft unmöglich machen.

Angesichts der Übel des Kapitalismus scheint mir das einzige Mittel ein Weg zu einer anderen Ordnung, ja einer dem weltweiten Kapitalismus entgegengesetzten Ordnung zu sein.

Denn die Hegemonie des Kapitalismus ist mit keinesfalls wünschenswerten

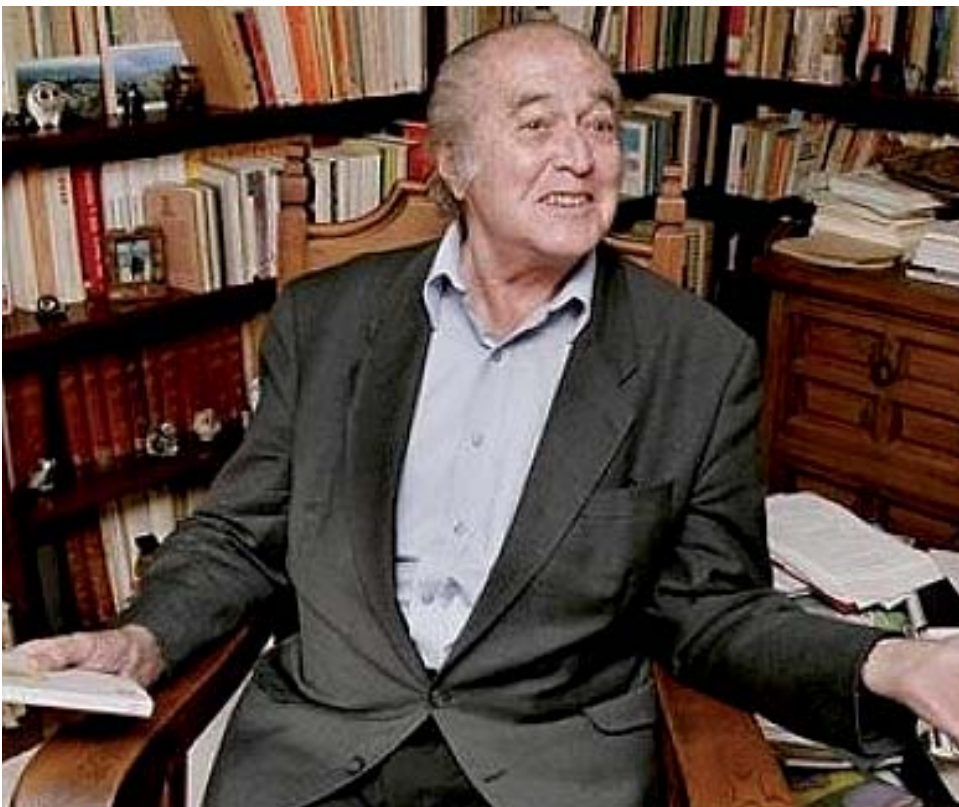
Effekten vonstatten gegangen, beispielsweise mit dem Raubbau an der Natur durch die Technologie, der Vorherrschaft einer instrumentellen Vernunft gegenüber der theoretischen Wissenschaft und in der sozialen und politischen Ordnung mit dem egoistischen Individualismus gegenüber der Vorherrschaft des Allgemeinwohls.

Was könnte die Alternative sein? Wie sie auch aussehen mag - es muss eine sein, die die vom modernen Kapitalismus hervorgebrachten Übel beseitigt oder zumindest reduziert.

Etymologisch heißt „Demokratie“ so viel wie „Herrschaft des Volkes“, aber es gibt zwei Arten realer Volksmacht, die zwei verschiedenen Bereichen der Macht des Volkes entsprechen würden: das, was wir als „liberale“ Demokratie und als „republikanische“ Demokratie bezeichnen können.

Die „kommunitäre“ oder „republikanische“ Demokratie existiert in den meisten modernen Ländern der westlichen Welt nicht, hat aber ihre Wurzeln bei einigen italienischen Autoren der Renaissance, die wiederum versuchen, den Geist zu erwecken, den sie der römischen Republik zuschreiben. Bei Rousseau können wir Fundamente dieser Doktrin finden, die sich nur in den ersten Etappen der demokratischen Revolutionen in den USA (in der antiföderalistischen Strömung) und Frankreich (mit der jakobinischen Partei) entwickelt. Die republikanische Demokratie weist Gemeinsamkeiten mit der kommunitären Demokratie auf.

Die Opposition zwischen diesen beiden Ansichten (der liberalen und der republikanischen und kommunitären) hat nicht nur theoretische Folgen, sondern kann sich auch auf politische Programme auswirken.



Das Menschenrechtszentrums Fray Bartolomé de las Casas enthüllt in seinem Report: **Folter, sexuelle Gewalt, entwürdigende und unmenschliche Behandlungen in den Gefängnissen von Chiapas**

Die chiapanekische Regierung kommt – wie der Titel “Verletzung der Menschenrechte in den Gefängnissen von Chiapas” verrät – ihrer Pflicht, das Leben der in den Gefängnissen eingesperrten Menschen zu schützen und zu verteidigen nicht nach, ebensowenig der Wahrung der körperlichen und psychischen Unversehrtheit der Gefangenen.

Gloria Muñoz Ramírez



In den Strafvollzugsanstalten von Chiapas existieren grausame, unmenschliche und entwürdigende Behandlungen und Bestrafungen; es kommt zu sexueller Gewalt, Folterungen und Zusammenpferchungen. Die hygienischen Bedingungen und die medizinische Versorgung sind mangelhaft, ebenso die Versorgung mit Lebensmitteln. Die Rechtsunsicherheit der Personen, die ihrer Freiheit beraubt wurden, fehlender Zugang zu Bildung, Arbeit und Erholung, Zwangsverlegungen und erzwungene Nacktheit runden das Bild über die chiapanekischen Gefängnisse ab, wie eine Untersuchung des Menschenrechtszentrums Fray Bartolomé de las Casas (Frayba) in einem Sonderbericht offen legt.

Frayba engagiert sich seit 1989 in dem mühsamen Arbeitsbereich der Verteidigung der Bewohner_innen der ärmsten und am meisten von Gewalt betroffenen Regionen Chiapas', was v.a. indigene Gemeinden betrifft.

Gründer und Präsident war bis zu seinem kürzlichen Tod der Bischof Samuel Ruiz García. Seit dem 28. Januar übernimmt diese Position der im Bereich der Verteidigung der Unterdrückten nicht weniger engagierte Bischof Raúl Vera. Im Laufe des Jahres 2010 erhielt Frayba,

mit Sitz in San Cristóbal de las Casas, Beschwerden von Gefangenen und ihren Familienangehörigen, wegen grausamer Behandlungen und Bestrafungspraktiken sowie Folterungen, die in den chiapanekischen Strafvollzugsanstalten zum Alltag gehören. Diese Gefängnisse befinden sich in den Landkreisen Cintalapa, Comitán de Domínguez, Copainalá, Motozintla, Pichucalco, Ocosingo, Tonalá und San Cristóbal de Las Casas.

Die Regierung von Chiapas, so folgert das Dokument mit dem Titel “Menschenrechtsverletzungen in den Gefängnissen von Chiapas”, kommt ihren Pflichten, das Leben der Gefangenen zu schützen und zu verteidigen, ebensowenig nach wie der Pflicht, die körperliche und psychische Unversehrtheit der Weggesperrten zu wahren.

Im Laufe des Jahres 2010 erhielt Frayba 17 Anzeigen von Gefangenen und Familienangehörigen, die von insgesamt 2.142 Menschen unterzeichnet wurden. Es wurden auch Zeugenaussagen von 24 Familienangehörigen dokumentiert, die verschiedene Praktiken und Unterlassungen seitens der Strafvollzugsbeamten anklagen. Vorrangig handelt es sich um unmittelbare Aktionen gegenüber Frauen, Jungen und Mädchen, die grausamen, unmenschlichen und erniedrigenden Behandlungen unterworfen sind,

wenn sie in die Gefängnisse gehen, um ihre Familienangehörigen zu besuchen.

Nach der minutiösen und erschöpfenden Dokumentation aller eingegangenen Anzeigen bestätigt das Menschenrechtszentrum systematische Menschenrechtsverletzungen im Strafvollzugssystem von Chiapas. Deswegen müssen die grausamen, unmenschlichen und entwürdigenden Behandlungen sofort ein Ende finden, die in den Gefängnissen des Bundesstaats Chiapas vorherrschen.

Die Familienangehörigen und die Besucher_innen der Gefangenen müssen menschenwürdig behandelt werden; die Information über Rechte, Pflichten und Verbote der Gefangenen müssen ihnen deutlich und umgehend zugänglich gemacht werden, da ein Mangel an Information herrscht und außerdem eine Isolierung hinsichtlich des Informationszugangs besteht; eine effektive Untersuchung über die Funktionäre auf allen Ebenen, die an Menschenrechtsverletzungen aktiv beteiligt sind, muss schnellstens eingeleitet werden.

Und schließlich muss die reale Situation der Gefängnisse in Chiapas öffentlich gemacht und (inter)nationalen Beobachter_innen gestattet werden, den Zustand und die Bedingungen dieser Gefängnisse festzustellen.

„Hier kommt die WM!“, lassen die Schüsse in Rio verlauten

*Polizei- und Militäraktionen, Enteignungen, Tod und Übergriffe in den Favelas von Rio de Janeiro
– das alles im Hintergrund der großen sportlichen Heldentaten, die sich nähern.
Gekürzte Version der Überlegungen von „Desentorpecendo a Razão“ (DAR) und „Lutarmada“*

Brasilien. Mehr als einen Monat nach den Feierlichkeiten der allgemeinen Wahlen in Brasilien erlebte Rio de Janeiro einen seiner größten Zusammenstöße zwischen Polizeieinheiten und Drogenhändlern der letzten Jahre. Zwischen dem 25. und 28. November „besetzten“ ca. 3000 Zivil- und Militärpolizisten, Feuerwehrmänner und die Armee zwei Armenviertel der Stadt. Ausgestattet waren sie mit Marinepanzern und Kriegstaktiken, die die brasilianischen Soldaten während der Besetzung Haitis trainierten. Die beiden eingenommenen Viertel sind Vila Cruzeiro und der sogenannte Complexo do Alemão, eine der größten Favelakomplexe Ríos mit ca. 100.000 Bewohner_innen, einige reden sogar von 300.000. Hier wurde der Welt gezeigt, wie der Staat auf eine Serie von Auto- und Busbränden reagiert, die von Drogenbanden begangen wurden.

Bis heute gab die Regierung von Rio keine genauen Angaben zu Toten und Verletzten während der Besetzung an. Das ist nichts Neues, wenn es um Polizeioperationen in der Stadt geht. Genauso gab es dutzende Anzeigen gegen Missbrauch von Seiten der staatlichen Streitkräfte, v.a. wegen Plünderungen.

Die Regierung Ríos führt systematisch Besetzungen in den Armenvierteln durch, indem sie dort die sogenannten UPPs (Unidade de Polícia Pacificadora – Einheit der Befriedungspolizei) einsetzt. Diese sind bereits in 13 Favelas präsent. Die Zahl scheint kaum beachtlich, wenn man bedenkt, dass es in dieser Stadt fast Tausend dieser Viertel gibt. Doch der Nachhall dieser Aktion war deshalb so enorm, weil die ausgewählten Favelas sich in der Nähe der reichsten Gegend der Stadt befinden.



Foto: ABR

Die Polizeioperation war in den außergewöhnlichen Kontext des brasilianischen Spielfilms „Tropa de Elite 2“ eingeordnet. Erstmals ausgestrahlt im Oktober 2010 ist der Film mit mehr als 10 Millionen Zuschauern bereits jetzt der meistgesehene in der Geschichte des brasilianischen Kinos. Die Geschichte des Capitão Nascimento, Führer des Batalhão de Operações Especiais BOPE (Bataillon für spezielle Polizeioperationen) der Polizei von Rio, der gegen korrupte Politiker und Polizisten kämpft, aber genauso hart gegen Drogenhändler vorgeht, wurde so stark mit den Vorkommnissen in Alemão assoziiert, dass viele Kommentatoren der brasilianischen Presse im Zusammenhang mit der intensiven Medienberichterstattung von „Tropa de Elite 3“ sprachen.

Dies fand so viel Nachhall, dass es mindestens eine Woche lang Hauptthema auf nationaler Ebene war. Die verschiedens-

ten Denker_innen, Künstler_innen, politischen Gruppen und Kollektive äußerten ihre Meinung über das Geschehene.

Das Polit- und Hip Hop-Kollektiv „Lutarmada“ aus Rio vergleicht die Ereignisse im November mit dem, was 2010 in Südafrika im Zuge der Fußballweltmeisterschaft vorgefallen ist – nämlich dass die vom Staat ausgehende Gewalt und sein Repressionsapparat verstärkt wurde.

Desentorpecendo a Razão (DAR), ein Kollektiv, das die Debatte über die Reglementierung verbotener Drogen in ihren vielfältigen Aspekten anregt, „überrascht es, dass nach mehr als 40 Jahren des Krieges gegen die Drogen made in USA – während alle Welt nach Alternativen für den misslungenen Prohibitionismus sucht – der Krieg erneut als Mittel zum Frieden beworben wird.“

Der Feminizid in Mexiko Keine Einzige mehr!

Die letzten Morde an der Dichterin, Feministin und Aktivistin Susana Sánchez und an Marisela Escobedo Ortiz, Mutter der jungen Rubí, die ebenfalls in Ciudad Juárez ermordet wurde, haben den Protesten in Mexiko gegen den Feminizid wieder Aufwind gegeben.

Im Kontext weit verbreiteter Gewalt strömten verschiedene Frauengruppen in Mexiko und anderen Städten in der Welt auf die Straßen, um zu protestieren und Gerechtigkeit zu fordern.

Die Mobilisierungen in Mexiko Stadt schlossen sich unter der Kampagne „Kein Blut mehr“ zusammen, welche von dem politischen Karikaturisten Rius und der Zivilgesellschaft initiiert wurde.

Am 15. Januar marschierten hunderte Personen von verschiedenen Organisationen in Mexiko Stadt vom Ángel de la Independencia zum Hemiciclo a Juárez. Die Mobilisierung richtete sich gegen das Klima der Gewalt gegen Frauen, welches im ganzen Land verbreitet ist.

Der Feminizid in Mexiko hat in den letzten Jahren zugenommen. In Ciudad Juárez, Chihuahua, wurden allein im Jahr 2010 rund 306 Opfer registriert. Diese Ermordeten wurden mit den letzten Morden an Marisela Escobedo und Susana Chávez sichtbar. Doch leider sind sie nicht die einzigen.

Deshalb geht die Zivilgesellschaft – ob organisiert oder nicht – auf die Strasse, um zu protestieren. Sie marschieren, schreien und malen ihre Empörung (an die Wände). Die rosafarbenen Kreuze (welche von Organisationen und Müttern ermordeter Frauen sowohl aus Chihuahua als auch aus Juárez aufgestellt wurden) symbolisieren seit mehr als einer Dekade die geschlechterbasierten Morde an Frauen.

Ab und zu tragen sie (alle) Namen in schwarzer Farbe. Andere, größere Kreuze wurden an strategischen Orten, wie zum Beispiel vor dem Regierungssitz und auch auf der internationalen Brücke aufgestellt.



Joana Moncau

Auf Transparenten werden Fotos und Namen der verschwundenen Frauen angebracht.

Auf den Transparenten der Demonstration vom 15. Januar 2011 stand geschrieben: „Keine Gewalt mehr gegen Frauen“, „Susana und Marisela, eure Stimmen werden nicht ausgelöscht“ und „Keine einzige Ermordete mehr“.

Thais, von dem feministischen Kollektiv „Ali somos todas“, betont, dass der sogenannte Krieg gegen die Drogen vom Feminizid getrennt werden muss, weil der Feminizid andere Ursachen hat: das Patriarchat.

Darla Àvila, vom Kollektiv Mujeres Libres en Resistencia hebt hervor, dass durch das steigende Gewaltniveau im ganzen Land auch der Feminizid zunimmt. Diese jedoch nicht direkt mit einander verbunden sind.

„Gerechtigkeit in Mexiko zu fordern, bedeutet in Lebensgefahr zu sein, weil es in diesem Land keine Garantien gibt und auch internationale Abkommen nicht geachtet werden“, versichern die Demonstrant_innen.

Die Proteste gegen den Feminizid in Mexiko sind grenzüberschreitend. In Rom, Italien, protestierte eine Gruppe von Frauen vor der mexikanischen Botschaft gegen die Gewalt und den Feminizid in Mexiko.

In der italienischen Hauptstadt erinnern die Aktivistinnen an die ermordete Dichterin Susana Chávez, die am 05. Januar starb. Susana ist die Autorin des prägenden Satzes: „Keine Einzige (Tote) mehr“, der prägend für den Protest gegen die Morde an Frauen in Ciudad Juárez wurde.

Auch in Barcelona, Spanien, wurden verschiedene Aktionen gegen die Strafflosigkeit in Mexiko gemacht. Das Colectivo de Mexicanxs en Resistencia desde Barcelona und die Grupo de Apoyo a la Zona Costa de Chiapas (GAZC), Anhänger_innen der Otra Campaña, forderten vor dem mexikanischen Konsulat das Ende der geschlechterbasierten Gewalt.

Keine Einzige mehr!
Die Fotoreportage findet sich unter:
www.desinformememos.org

Die Erinnerung, ein geschichtlicher Wert nach 24 Jahren im Widerstand

Die kollektive Organisation der Heimkehr in El Salvador

Bis heute behält die Gemeinde Santa Marta mit ihren Bewohner_innen von früher und heute ihre eigenen Organisationsformen bei, weit entfernt von Regierungshaushalten und der Einmischung der politischen Parteien.

Ricardo Martínez Martínez

Mesa Grande, Honduras und Santa Marta, El Salvador. Im Grenzstreifen zwischen El Salvador und Honduras erstrecken sich Hunderte von Gemeinden, die seit 24 Jahren immer wieder neu besiedelt werden.

Was früher im Kontext des salvadorianischen Bürgerkriegs der 1980er Jahre eine verwüstete Zone war, bildet heute eine ganze Kette von sozialen und kommunitären Organisationen.

Zwischen den Pfaden und den waldreichen Bergzonen in den Bezirken Chalatenango, Cabañas und Morazán, wo die Ex-Guerrilla FMLN ihre Feldlager und Trainingscamps unterhielt, hat die Nachhut ihrer aufständischen Kräfte, die aktuellen Bewohner_innen, viele von ihnen aus ihren ehemaligen Reihen und darüber hinaus Zivilpersonen, Formen der sozialen Selbstorganisation aufgebaut, mit ausgeprägten Kollektivmechanismen, die ein Ergebnis der Notwendigkeit sind, in Ausnahmementen überleben zu können.

Die Mehrheit der dort ansässigen Bevölkerung sind ehemalige Kriegsflüchtlinge und ihre Nachkommen, die in Mesa Grande geboren wurden, im Bezirk San Marcos, Honduras. Jedes Jahr gedenken sie an diesem Ort an die Rückkehr nach El Salvador, nachdem sie 12 Jahre ununterbrochen in sieben Camps unter dem juristischen Schutzschirm des Hohen Flüchtlingskommissariats der Vereinten Nationen (UNHCR) dort gelebt hatten, wobei sie allerdings ständig vom honduranischen Militär, von Paramilitärs und von Spezialkräften der salvadorianischen Armee umzingelt waren.



Am 15. Januar dieses Jahres wurde in Mesa Grande das Treffen «Zurück zu Hause» organisiert, ein besonderes Ereignis für die aktuellen Bewohner_innen der Gemeinde Santa Marta, die 1987 als eine von drei Neuansiedlungen in der Zone des Bezirks Cabañas in El Salvador gegründet wurde. Rund 200 Jugendliche haben das weite Hochplateau im Süden von Honduras besucht, wo sie geboren wurden und die ersten Jahre ihrer Kindheit verbracht haben. Sie kamen, um der Ereignisse zu gedenken, die sie für immer geprägt haben, «ein Vermächtnis des Widerstands unserer Eltern, um die Wahrheit zu erfahren, woher wir kommen und welche Aufträge wir zukünftig im Kampf für Frieden und Gerechtigkeit haben», wie Junior Alfaro feststellt, der mit seinen 27 Jahren dieses Land als sein eigenes empfindet, das gerade einmal 45 Kilometer von der Grenze mit El Salvador entfernt ist.

Es steht zweifelsfrei fest, dass Mesa Grande das Territorium einer kollektiven Erinnerung jener Jugendlichen ist, die es geschafft haben, an anderen Orten

dieser Grenzzone nachzuziehen, wovon sie einstmals geträumt haben: Organisation, Gemeinschaftlichkeit und bessere Lebensbedingungen.

Bis heute behält die Gemeinde Santa Marta mit ihren Bewohner_innen von früher und heute ihre eigenen Organisationsformen bei, weit entfernt von Regierungshaushalten und der Einmischung der politischen Parteien.

Durch das Erbe ihrer Mütter und Väter halten die heutigen Bewohner_innen eine Enklave des Widerstands und der kollektiven Organisation aufrecht. «Die Gemeinschaft wird durch ihre eigenen Leute repräsentiert. Wir mussten verschiedene Wege suchen, um die Probleme zu lösen, denn uns wurden viele Rechte verweigert, zum Beispiel das Recht auf Bildung, auf Gesundheit und auf ein würdiges Leben mit Respekt für unsere Arbeit und unsere Kultur. Das sind Rechte, die verteidigt wurden und die heute zu einer Realität geworden sind».

Die Mapuche in Argentinien Die Revanche der Menschen der Erde

*Im vergangenen Jahrzehnt setzte bei den Mapuche in Argentinien ein Prozess der Wiedererlangung ihrer Identität ein. Seit 2001 wurden 240,000 Hektar Land von Mapuche-Gemeinden zurückgewonnen.
Text: Martin Cúneo Fotos: Rosa Nahuelquir y Fidelia Aypallán*

Land der Mapuche. Am 8. November 2010 war in einem Leitartikel der argentinischen Tageszeitung La Nación die Warnung vor der Aufarbeitung der argentinischen Geschichte zu lesen, da sonst die Wüstenkampagne von 1879 als Genozid an der Urbevölkerung interpretiert werden könnte. Eine weitere Sorge war die Wiedererlangung von Land der patagonischen Grundbesitzer durch die Mapuche-Gemeinden.

„Die Sorge ist groß, weil die Mapuche-Bevölkerung nun für ihre Rechte kämpft“, sagt Lefxaru Nawel vom Beobachtungszentrum für Menschenrechte der Indigenen Völker. „Sie wünschen sich die Mapuche wie vor 100 Jahren, als sie von Landbesitzern zu Dienern wurden.“

Im August 2002 verlor Rosa Nahuelquir ihre Arbeit und gemeinsam mit ihrem Mann Atilio Curiñaco fiel der Beschluss, eine Parzelle zu besetzen, die der Familie Atilio über Generationen gehört hatte. Um ihren Traum zu verwirklichen, mussten sie sich dem Textilgiganten Benetton entgegen stellen. Sie wurden zu einem Beispiel für den Kampf um das Land.

Als sie nachforschten, wie Benetton an das Land gekommen war, deckten sie einen der größten Korruptionsskandale der argentinischen Geschichte auf. Zwölf Jahre nach der Wüsteneroberung übergab der damalige Präsident José Uriburu 900,000 Hektar Land an zehn englische Bürger, die es wiederum der Argentinean Southern Land Company Ltd überschrieben, einem Scheinunternehmen, dessen Zweck allein die Annahme solcher Güter war. Es wird angenommen, dass diese Landspende die Bezahlung für englische Waffen war, die bei der Eroberung zum Einsatz kamen.



Etwa 42,000 Hektar gingen in den Besitz von 1800 Viehfarmern der Sociedad Rural, einer Landwirtschaftsgesellschaft, die wiederum die Kampagne gegen die Urbevölkerung mitfinanzierte. Jene Mission hinterließ 14,000 tote Indígenas, weitere 14,000 wurden versklavt. Diejenigen, die in den Städten landeten, fanden keinen Anschluss, ließen sich in den Randbezirken nieder und haben den Verlust ihrer Kultur zu beklagen.

Die erste Erschütterung

Für das Bündnis der Mapuche ist das Jahr 1992 der Wendepunkt. Seitdem gibt es kein Zurück mehr, nach 500 Jahren sind sie immer noch am Leben, und das ist die Gelegenheit, ihre Geschichte neu zu denken. Sie müssen weiterkommen.

Diese Bewegung trägt Früchte in einer Verfassungsreform, als die Rechte der Indígenas über ihr Land und die Verwaltung ihrer Rohstoffe anerkannt werden.

Die dritte Invasion

2001 nahmen die Landkonflikte zu. Es gab Druck aus der Tourismusbranche, es kamen Erdöl- und Minenunternehmen.

Dazu kommt außerdem die Ankunft argentinischer und ausländischer Viehzüchter. Auf die Besetzung der Parzelle durch das Mapuche-Ehepaar im Jahr 2002 folgte eine knallharte Räumung. Briefe, Interviews, sogar ein Treffen mit Luciano Benetton selbst. „Sie nannten uns wild, unfähig zu warten, also warten wir drei Jahre, dann gehen wir zurück dorthin“, sagt Rosa. 2007 besetzten sie das Land erneut, und heute leben sie dort.

Repräsentative Beispiele

Quintupuray, zwei Verbrechen und eine Wiedergewinnung. 1993 wurde Lucinda Quintupuray durch zwei Schüsse getötet. Ihr Sohn Victorio ließ sich auf dem Land nieder. Einige Monate später ertrank er. 15 Jahre danach wurde 2008 nach mehreren Beschwerden das Land wiedergewonnen.

Der alte Trick mit der Aufforstung. Die Aufforstungsprogramme der Weltbank haben zur Folge, dass Land aus Staatsbesitz in private Hände übergeht. Die Aufforstungsfirma hatte die Möglichkeit, das Land zu legalisieren und zu verkaufen - oftmals inklusive der dort lebenden Menschen.

Nayem, ein junger Sahraui

Text: Tiziana Perna Foto: Stefano Montesi



Vielleicht war es der Sand der Sahara, der Nayem El Garhis Körper im Oktober letzten Jahres verdeckte. Er wurde nur 14 Jahre alt. Das marokkanische Militär tötete ihn an einem der Kontrollpunkte, die die Zufahrt zum Camp von Agdaym Izik in der Nähe von El Aaiún, der Hauptstadt Westsaharas, regulieren. Das Gebiet wird von Marokko besetzt gehalten.

Nayem war ein junger Sahraui. Seine Familie stammt von berberischen Schafhirten ab, die schon immer die größte Wüste der Welt bewohnt haben und eine tausendjährige Kultur in sich tragen, die heute durch die spanische Kolonisierung und nach 35 Jahren Exil und marokkanischer Besatzung zerstört ist.

In der Nacht, in der er starb, war Nayem mit anderen Jugendlichen auf dem Rückweg ins „Camp der Würde“ in Agdaym Izik. Dort protestierten mehr als 20.000 Sahrauis gegen Diskriminierung und fehlende Perspektiven, unter denen das vergessene Volk zu leiden hat.

Das Camp wurde zugunsten der Menschenrechte der Sahrauis aufgebaut. Seit dem 10. Oktober gab es einen unaufhaltbaren Fluss von Sahrauis, die sich dem bedeutenden gewaltfreien Protest anschlossen. Die marokkanische Regierung sah sich daraufhin gezwungen, eine Mauer um das Camp herum aufzubauen und Kontrollpunkte zu errichten, um das Ein-

treten der Bevölkerung aufzuhalten – eine Gemeinschaft aus freien Frauen und Männern, die sich auf einem Gebiet frei von Unterdrückung und Gewalt organisierten.

Nayem und seine Familie waren Teil dieses Camps. An jenem Tag fuhr er in die Stadt, um Lebensmittel für das Camp zu besorgen. Auf dem Rückweg wurde Nayem vor dem dritten marokkanischen Kontrollpunkt tödlich verletzt. Sein Körper wurde an einer unbekannt Stelle begraben. Von den anderen Jugendlichen, die mit ihm im Auto waren, weiß man nichts.

Von diesem Tag an wurde das Camp umstellt und die Hilfszufuhr behindert. Journalist_innen und Beobachter_innen blieb es untersagt das Camp zu betreten. Am Morgen des 8. November umstellten und attackierten hunderte Soldaten das Camp. Zelte wurden in Brand gesteckt, es wurde mit Tränengas geschossen, ca. 2000 Personen wurden festgenommen. Es gab viele Verletzte. Über die Zahl der Toten gibt es keine genauen Angaben.

Der Widerstand des Volkes der Zelte wurde nach El Aaiún und an andere Orte der besetzten Sahara verlegt, wo im Moment eine strenge Ausgangssperre herrscht, um Proteste zu vermeiden.

Oberhalb der Grenze zu Algerien liegt das riesige Sahraui-Camp von Tindouf, wo ungefähr 200.000 von der marokkanis-

chen Armee verfolgte Flüchtlinge überleben. Die marokkanische Armee besetzte 1975 auf ihrem berühmten „Grünen Marsch“ mit Massakern und Bomben das Gebiet der Westsahara und zwang so ein ganzes Volk dazu, für seine Selbstbestimmung zu kämpfen. Diese wird von allen internationalen Organismen anerkannt, die UNO ignoriert sie jedoch weiterhin in ihren Resolutionen.

Dieses Stück Wüste, das reich an Phosphaten und Fischvorkommen ist, wird von einer Mauer von ungefähr 2.700 km durchquert, die das von Marokko besetzte Gebiet und den kleinen Streifen des vom Frente Polisario kontrollierten Landes an der Grenze von Algerien und Mauretanien trennen soll.

Dieser Weg ist einer der gefährlichsten Orte auf der ganzen Welt, da er komplett vermint ist. Schätzungsweise 1 bis 2 Millionen Antipersonenminen befinden sich dort. Und so überleben und leisten die Sahrauis, das Volk der Wüste, Widerstand: Zwischen einem verminten Gebiet und dem fehlenden Anstand einer internationalen Gemeinschaft, die unfähig ist, dem Massaker Einhalt zu gebieten. Nayems Geschichte, Symbol dieser neuen Auflehnung der sahrauischen Würde, wurde zu seinem Bedauern vergessen.

EZLN: 17 Jahre Proklamation der Hoffnung

Hermann Bellinghausen

San Cristóbal de las Casas, Chiapas. Die Bemühungen der indigenen Bevölkerungsgruppen, sich selbst, aber vor allem das ganze Land zu retten, werden in einer Zeit, in der die ökonomischen und politischen Machthaber das Gegenteil zu erreichen versuchen, mit Ungerechtigkeit beantwortet. Diese füllen ihre Taschen mit dem Reichtum des Landes. Das verdanken sie den neoliberalen Regierungen mit Felipe Calderón Hinojosa als ihrem treuesten Gefolgsmann, dem es gelang, das Niveau der institutionellen Gewalt auf den höchsten Stand der letzten 80 Jahre zu bringen.

Es ist die Gewalt, die die Gewalt beantwortet, von allen Geschäftemachern und Händlern der kapitalistischen Welt. Überall auf der Welt und nun auch in Mexiko werden sie als „Kriminelle“ der Geschichte angesehen. Die „legalen“ Gewalten sind dem Feind verbunden, von dem sie behaupten, ihn zu bekämpfen. Paramilitarismus, Auftragsmörder, Infiltration bei der Polizei, Herstellung und Vertrieb von Drogen stellen einen konstitutiven Teil des „globalen“ Systems dar: die am weitesten fortgeschrittene Phase des Kapitalismus und, wie es scheint, die zerstörerischste.

Der Vormarsch legaler und illegaler Armeen ebnet den Weg für große Unternehmen in den Bereichen Bergbau, Erdöl, industrielle Landwirtschaft, Baufirmen (Zerstörungsfirmen), Energie, Evangelisierung oder andere Firmen, die die Bevölkerung gewaltsam oder mittels wirtschaftlichen Drucks vertreiben.

Die „Kriegszustände“ sind für einen Vormarsch dieser Art von Geschäften optimal, sogar in dem Maße, dass die Regierungen möglicherweise bestehende COPs, internationale Vereinbarungen oder ähnliches einfach übergehen.

In den killing fields von Irak, Palästina, Tschetschenien und Mexiko. Und auch das weit ausgedehnte Amazonien, mul-



Fotos: Moisés Zúñiga

tinational. Auf dieser minenbestückten Karte, deren Evaluation die Lebensfähigkeit Mexikos als Nation in Gefahr bringt (so nehmen konformistisch Regierende und Intellektuelle an), pocht ein Winkel weiter („in der Ecke dieser armen Nation“, wie Real de Catorce sang; „der vergessene“, wie die Zapatistas es vor 17 Jahren formulierten).

Chiapas. Nicht einfach nur ein Schlachtfeld mehr in der expansiven Woge des Kapitalismus und der Vereinnahmung der strategischen Ressourcen, sondern ein Ort des ständigen Kampfes. Hier wird auf friedliche Weise eine wirksame und gerechte Autonomie praktiziert.

Der Monat Dezember hat in Chiapas zwei Eckpunkte: das Massaker von Acteal am 22. (1997) und das erste Morgengrauen 1994 mit dem Aufstand der EZLN. Zwei Schmerzschreie; zwei Hoffnungsverkündungen.

Diese Hoffnung wurde von den Gewalten der Union verraten. Die vom Zapatismus geforderten Gesetzesänderungen wurden ignoriert, ebenso wie die Forderung der Abejas, die heute Teil der Anderen Kampagne der EZLN sind und 1997 wegen ihrer Sympathie für die Zapatistas verfolgt wurden, nach Gerechtigkeit für Acteal.

Auf die aktualisierte und gut dokumentierte Klage der Abejas an diesem 22. Dezember kommt folgende „Antwort“: Laut der evangelischen Organisation Confraternice könnten in den kommenden Monaten sämtliche Paramilitärs freigelassen werden, die derzeit noch wegen ihrer Verantwortung für das Massaker von Acteal in Gefangenschaft sind. Damit wird der Weg der Straffreiheit für die Verantwortlichen jenes Massakers aus der Regierungszeit von Ernesto Zedillo Ponce de León garantiert.

Dieser Jahreswechsel war in den zapatistischen Gemeinden von Stille geprägt, als sie den 17. Jahrestag ihrer Rebellion begingen. Angesichts des derzeitigen nationalen Zerfalls wird ihr Widerstand zu einer großen Barrikade in der Welt der Wirklichkeit gegen den globalen Angriff (in „nationaler“ Version) auf die indigenen Völker. Es ist ein Vernichtungskrieg, den der Zapatismus noch immer anklagt.

Noch immer aufrecht gegen Straflosigkeit und Vergessen; gegen die Nichterfüllung der Vereinbarungen von San Andrés, die 1996 von EZLN und Regierung unterzeichnet wurden, gegen die Zerstörung von Land, Flüssen und Völkern. Das Ende der Geschichte hat noch nicht begonnen.

Jetzt leben wir mit weniger Angst als zuvor

Barry, ein Senegalese in Zaragoza

Interview von Sergio de Castro Sánchez

Zaragoza, span. Staat. Barry ist Mitglied des Netzwerks für die Unterstützung von Menschen ohne Papiere in Aragón (Red de Apoyo a Sin Papeles de Aragón).

“Jetzt wissen wir welche Rechte wir haben und dass wir, obwohl wir keine Papiere haben, Personen sind.”

Mein Name ist Abdoulaye Barry und ich komme aus dem Senegal. Ich bin 2008 nach Zaragoza gekommen und arbeitete drei Monate als Techniker in der Internationalen Ausstellung von Zaragoza, im Pavillon von Senegal.

Hier zahlen sie dir für die selbe Arbeit viel mehr als im Senegal und wegen der vorherrschenden Lebensbedingungen in meinem Land, habe ich mich entschlossen in Spanien zu bleiben.

Ich selber bin mit dem Flugzeug gekommen, aber es gibt Leute, die ihr Leben in kleinen Paddelbooten aufs Spiel setzen; sie machen es, weil es keine Zukunftsperspektiven im Senegal gibt. Sie entscheiden sich für ein Leben in einem anderen Land.

Als die Expo aufhörte, lebte ich mit anderen senegalesischen Gefährten. Später bin ich dann an einen anderen Ort gegangen, wo wir mit 15 Leuten auf zwei Etagen lebten, aber die Nachbarn haben uns angezeigt und wir mussten gehen. In diesem Haus wurde das erste Mal davon gesprochen, ein Netzwerk der Papierlosen aufzubauen, eine Idee, die wir in kürzester Zeit vorantrieben. So haben uns die Mitglieder des Netzwerks geholfen, ein neues Haus zu finden, als wir dort Probleme bekamen.

Als ich mich entschlossen habe, hier zu bleiben, versuchte ich, meine Papiere zu erneuern, aber mein Anwalt erklärt mir, dass sie es nur machen, wenn ich einen Arbeitsvertrag vorweisen könne. Da bekam ich Angst, auf die Straße zu gehen,

weil es immer Polizisten gibt, die nach den Papieren fragen.

Jetzt, mit den Kämpfen, die wir austragen, haben wir nicht mehr dieselbe Angst wie zuvor. Wir wissen, welche Rechte wir haben und dass wir, obwohl wir keine Papiere haben, Personen sind. Wir sind mit Menschen zusammen, die uns unterstützen wollen.

Vor eineinhalb Monaten haben sie mich sogar festgenommen. Ich war mit einem Freund auf der Straße und wir wurden nach unseren Papieren gefragt. Dann haben sie uns auf das Kommissariat gebracht, sie haben mir meinen Gürtel und alles, was ich in den Taschen hatte abgenommen und mich in eine Zelle gesperrt. Ich sagte mir, es sei besser, dass sie mich nach Madrid brächten und mich ausweisen, als mich meiner Freiheit zu berauben. Schließlich unterzeichnete ich ein Dokument und sie sagten, dass sie mir in 15 Tagen einen Ausweisungsbescheid oder eine Ordnungsstrafe zukommen lassen würden. Vor kurzem rief mein Anwalt an und teilte mir mit, dass ich ein Bußgeld bezahlen müsse.

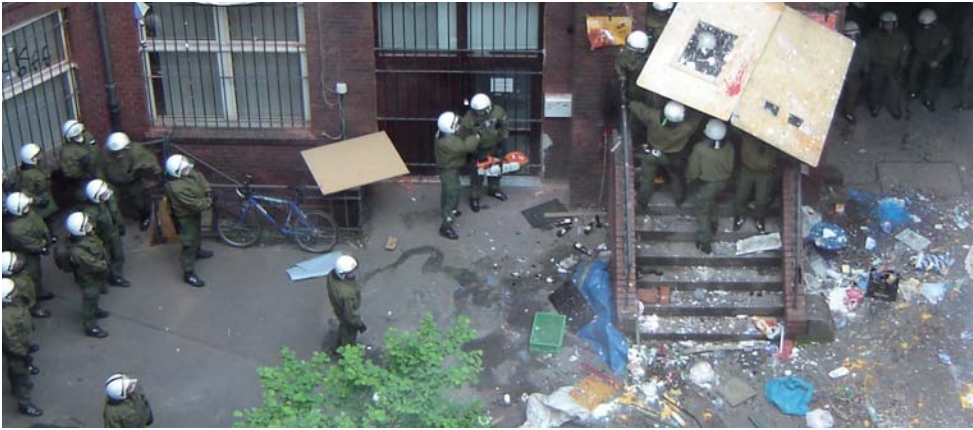
Aktuell habe ich keine feste Arbeit, aber dank der Selbstbeschäftigungs-Gruppe des Netzwerks komme ich an kleine Arbeiten; außerdem erleben wir sehr interessante Dinge. Zum Beispiel eine Demo nach Brüssel, die wir im September organisierten, um gegen die Arbeitsreform und für die sozialen Rechte zu protestieren. Wir sind bis zum europäischen Parlament gekommen und haben uns mit einigen Parlamentariern verschiedener Länder getroffen.

Das Netzwerk besteht aus etwa 500 spanischen und ausländischen Personen. Es ist ein sozialer Raum, den wir 2009 gegründet haben. Es ist eine multikulturelle Gruppe mit Menschen aus der Mongolei, Italien, Frankreich, Senegal ... alle zusammen machen wir Sachen wie Workshops, Vorträge über Migrationsgesetze und rechtliche Hilfe für Migrant_innen. Wir haben gerade mit einer Evaluation über die letzten zwei Jahre des Netzwerks begonnen. Danach werden wir sehen, wie wir uns verbessern können und welche neuen Ideen wir für die Zukunft haben.



Berlin: Eine Geschichte von gewonnenen Kämpfen und verlorenen Illusionen

Markus Schwarz



Berlin, Deutschland. Im Juni 2005 räumten mehr als 500 Polizisten das Haus Yorckstraße 59 in Kreuzberg, bekannt als Yorck59, eine alte Fabrik, die seit den 1980er Jahren als Hausprojekt fungierte, ein kollektiver Wohnraum und Heimstätte für unabhängige soziale und politische Projekte.

In den 1990er Jahren wechselte der Besitzer des Hauses. Auch Berlin hatte sich verändert. Die Mauer war gefallen, die Herrschaft des Kapitalismus hatte sich ausgeweitet und der Stadtteil Kreuzberg bot gute Möglichkeiten für Immobiliengeschäfte. Der neue Eigentümer beschloss, das Haus zu Luxuswohnungen umzubauen. Er verdoppelte die Miete, die Menschen, die dort lebten, verweigerten die Zahlung und er rief die Polizei.

Eine Kilometer von der Yorck59 entfernt liegt ein Gebäude, das als Bethanien bekannt ist. Ein ehemaliges christliches Hospital, das die Regierung von Berlin ein Jahr zuvor (2004) privatisieren wollte. Eine Woche nach der Räumung der Yorck59, am 11. Juni 2005, besetzten die Betroffenen der Yorck59 einen Teil des Gebäudes, der ein Jahr leer gestanden hatte.

Im besetzten Teil des Bethanien, der seitdem als NewYorck bekannt ist, haben sich schnell unterschiedliche Aktivitäten en-

twickelt. Es wurde dort eingezogen und später stießen einige der Projekte, die in der Yorck59 existiert hatten, dazu.

Das NewYorck wurde zu einem bedeutenden sozialen Zentrum in Berlin. Die Besetzer_innen und Nachbar_innen aus dem Stadtteil bereiteten ein lokales Referendum gegen die Privatisierung vor, das 2006 gewonnen wurde. 2009 gelang es dem besetzten Teil des Bethanien und anderen Projekten (ein Kindergarten, eine alternative Medizinschule und ein Theaterzentrum), einen Selbstverwaltungsvertrag über 15 Jahre zu unterzeichnen.

Heute gibt es im Bethanien fünf Büros für politische, soziale und kulturelle Gruppen und vier große Räume, um Versammlungen und Infoveranstaltungen durchzuführen. Außerdem gibt es eine Küche. Fast 20 Gruppen bilden das Nutzer_innen-Kollektiv, darunter lokale Gruppen zur alternativen Stadtentwicklung, Flüchtlings- und Migrant_innengruppen, Theatergruppen sowie antikapitalistische und antirassistische Gruppen. Darüber hinaus gibt es weitere Gruppen, die nicht Teil des Kollektivs sind, aber die kommen und den Raum für Veranstaltungen, Feste, Filmvorführungen, Diskussionen und Konzerte nutzen.

Die Organisationsstruktur ist basisdemokratisch. Jeden Monat gibt es eine

Vollversammlung, an der alle Gruppen des Kollektivs teilnehmen und bei der die Entscheidungen gefällt werden, wie die Gemeinschaftsräume genutzt werden. Es muss Miete gezahlt werden, aber bis heute funktioniert das Prinzip, dass jede Gruppe nur das zahlt, was sie bezahlen kann.

Aber wo bleiben denn nun die verlorenen Illusionen aus dem Titel?

Wir wollen nicht die Dinge verschweigen, die nicht gut laufen. Es gibt Leute, die in den letzten Jahren das Projekt verlassen haben, weil sie den Stress oder die langen Diskussionen nicht ausgehalten haben oder weil sie sich hier nicht mehr wohl gefühlt haben. Wir sagen, wir wollen keine Hierarchien, aber es gibt sie doch. Wir streben danach, ein Ort zu sein, wo Sexismus, Rassismus, Antisemitismus, Homophobie und andere Mechanismen der Diskriminierung nicht existieren dürfen, aber es gibt sie doch.

Wie machen wir weiter? Wir werden weiter kämpfen, gegen das unmenschliche System und gleichzeitig gegen unsere eigenen Strukturen, die wir geerbt und gelernt haben. Um zu erreichen, was wir wollen, eine Welt, in der wir alle ohne Angst leben können. John Steinbeck hat Recht, wenn er sagt: „Der Kampf gegen den äußeren Feind ist einfacher als der Kampf gegen unsere eigenen Schwächen“.

*Desinformémonos hermanos
tan objetivamente como podamos*

*desinformémonos con unción
y sobre todo
con disciplina*

*que, espléndido que tus vastas praderas
patriota del poder
sean efectivamente productivas*

*desinformémonos
qué lindo que tu riqueza no nos empobrezca
y tu dádiva llueva sobre nosotros pecadores
qué bueno que se anuncie tiempo seco*

*desinformémonos
proclamemos al mundo la mentidad y la verdira*

*desinformémonos
nuestro salario bandoneón se desarruga
y si se encoge eructa quedamente
como un batracio demócrata y saciado*

*desinformémonos y basta
de pedir pan y techo para el mísero
ya que sabemos que el pan engorda
y que soñando al raso
se entonan los pulmones*

*desinformémonos y basta
de paros antihigiénicos que provocan
erisipelas y redundancias
en los discursos del mismísimo*

*basta de huelgas infecto contagiosas
cuya razón es la desidia
tan subversiva como fétida*

*garanticemos de una vez por todas
que el hijo del patrón gane su pan
con el sudor de nuestra pereza*

*desinformémonos
pero también desinformemos*

*verbigracia
tiranos no tembléis
por qué temer al pueblo
si queda a mano el delirium tremens
gustad sin pánico vuestro scotch
y dadnos la cocacola nuestra de cada día*

*desinformémonos
pero también desinformemos*

*amemos al prójimo oligarca
como a nosotros laburantes*

*desinformémonos hermanos
hasta que el cuerpo aguante
y cuando ya no aguante
entonces decidámonos
carajo decidámonos
y revolucionémonos.*

MarioBenedetti

